
Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e.V.

56073 Koblenz
Karl-Tesche-Straße 3
Telefon: 02 61 / 9885-1113

presse@bwv-net.de
www.bwv-net.de
f BauernWinzerverbandRLN
i bwv_rheinland_nassau/

Obstbau in der Krise

„Wollen wir den Obstbau in Deutschland überhaupt noch haben?“ Obstbauern fordern Unterstützung von Politik und Lebensmitteleinzelhandel

Mülheim-Kärlich. Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Situation im heimischen Obstbau hat der neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Obstbau im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau, Tim Kirch, zu einer Pressekonferenz auf seinen Betrieb in Mülheim-Kärlich eingeladen: „Die Erzeugerpreise liegen am Boden, die diesjährigen Erträge lassen wetterbedingt zu wünschen übrig und gleichzeitig steigen die Betriebskosten enorm. Die Obstbaubetriebe befinden sich in einer schweren Krise“, betonte Kirch zu Beginn der Konferenz.

Auf den ersten Blick sei die schwierige Lage kaum zu erkennen, fuhr der Vorsitzende fort. Die Früchte seien reif, in den Obstanlagen werde gearbeitet und die Ernte eingebracht. Tatsächlich würden jedoch die meisten Betriebe weit unterhalb ihrer Produktionskosten wirtschaften. Dies bereite nicht nur ihm, sondern den Obstbauvertretern in ganz Deutschland große Sorgen. Kirch stellte deshalb die grundsätzliche Frage: „Wollen wir den Obstbau hier in Deutschland überhaupt noch haben?“ Nach seinen Worten liege es nicht alleine an der Politik, die Sonderkulturbetriebe zu unterstützen. Auch der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) dürfe sich nicht aus der Verantwortung stellen. Der enorme Marktdruck auf die Obstbaubetriebe sei auch eine Folge der Einkaufspolitik des Handels. Importierte Erzeugnisse würden teilweise mit einem Bruchteil der in Deutschland üblichen Lohnkosten und unter Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards produziert, die mit den hiesigen Anforderungen nicht vergleichbar seien.

Es gehe ihm und seinen Berufskollegen um einen fairen Wettbewerb und gerechte Handelsbedingungen. Importware dürfe nicht zu Preisen angeboten werden, mit denen heimische Erzeuger nicht konkurrieren könnten. Zugleich müsse deutsches Obst im Handel eindeutiger gekennzeichnet und von Importware unterscheidbar präsentiert werden. Kirch bedauerte, dass trotz einer Einladung an alle bedeutenden Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels niemand bereit gewesen sei, an der Pressekonferenz teilzunehmen.

An die Politik gerichtet forderte Kirch dringend eine besondere Mindestlohnregelung für Sonderkulturbetriebe. „Lohnkosten machen einen erheblichen Anteil der Produktionskosten aus. Darüber hinaus benötigen die Betriebe mehr Rechtssicherheit bei der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften aus Drittstaaten.“ Es betrübe ihn zutiefst, dass in Deutschland jeden zweiten Tag ein Obstbaubetrieb seine Tore für immer schließe. Damit gehe nicht nur die wirtschaftliche Existenz von Familien verloren, sondern auch wertvolles Fachwissen, das dringend benötigt werde. Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei Obst liege inzwischen nur noch bei rund 18 Prozent. Eigentlich müsse dieser Trend dringend umgekehrt werden. Unter den derzeitigen Bedingungen erscheine dies jedoch nicht realistisch.

Der Vorsitzende des Koblenzer Obstbaurings, Thomas Kreuter, warnte ebenfalls vor den Folgen dieser Entwicklung: „Setzt sich der derzeitige Umgang mit den heimischen Obstbaubetrieben fort, werden die Verbraucher künftig vor allem Zwetschgen aus Bosnien, Erdbeeren aus Spanien oder Kirschen aus der Türkei kaufen können. Obst aus regionaler Erzeugung wird dagegen nach und nach aus den Regalen des Lebensmitteleinzelhandels verschwinden. Obst aus der Umgebung wird dann nur noch eine Erinnerung sein.“

Diese Entwicklung hätte auch erhebliche Auswirkungen auf die Kulturlandschaft. Ohne die heimischen Baumobstkulturen würde die Attraktivität der Region deutlich verlieren, ebenso wichtige Lebensräume und die biologische Vielfalt. Kreuter verdeutlichte die Entwicklung am Beispiel des Holunderanbaus. Mülheim-Kärlich sei einst ein bedeutendes Anbauggebiet für Holunder gewesen. Heute gebe es in der Region lediglich noch drei Betriebe, die diese Kultur anbauen.

Kirch appellierte an den Handel, den verbliebenen Obstbaubetrieben auskömmliche Preise zu zahlen. Einige zusätzliche Cent pro Kilogramm für heimisches Obst dürften gegenüber der Importware keine unüberwindbare Hürde darstellen. Diese könnten jedoch entscheidend dazu beitragen, die regionale Erzeugung zu erhalten.

Auch die anwesenden Obstbauern kritisierten das Verhalten des Lebensmitteleinzelhandels scharf. Neben den niedrigen Erzeugerpreisen bemängelten sie eine irreführende Warenpräsentation. Wenn geringe Mengen deutscher Erzeugnisse unmittelbar neben großen Mengen importierter Ware angeboten würden, entstehe bei den Verbrauchern ein falscher Eindruck über den tatsächlichen Anteil heimischer Produkte.

Eine Obstbäuerin forderte gegenüber den anwesenden Medienvertretern sogar einen Einfuhrstopp für Obst aus Drittstaaten. Sie sehe im Handel keinen verlässlichen Partner, der bereit sei, die heimischen Betriebe dauerhaft zu unterstützen. Darüber hinaus müsse auch bei abgepackter Ware das Produktionsland künftig klar und gut sichtbar angegeben werden.

Weinbaupräsident Walter Clüsserath forderte neben einer Sonderregelung beim Mindestlohnregelung für Sonderkulturbetriebe auch eine Überprüfung der Rentenversicherungspflicht für Saisonarbeitskräfte. Viele dieser Beschäftigten würden später nicht oder kaum von den eingezahlten Beiträgen profitieren, während der Wegfall dieser Versicherungspflicht die landwirtschaftlichen Betriebe finanziell entlasten würde. Es sei an der Zeit, sämtliche Einsparpotenziale für Sonderkulturbetriebe zu untersuchen und umzusetzen.

Zum Abschluss der Pressekonferenz fasste Kirch die zentralen Forderungen des Berufsstandes zusammen. Die erheblich gestiegenen Produktionskosten müssten dringend kompensiert werden. Gerade in Jahren wie 2026, in denen keine gute Ernte erzielt werden könne, belasteten die Kosten die Betriebe in vollem Umfang. „Der Lebensmitteleinzelhandel muss endlich aufwachen und seine regionalen Erzeuger nicht nur mit Worten, sondern durch faire Preise und verlässliche Partnerschaften unterstützen. Auch die Politik muss handeln und tragfähige Sonderregelungen für Sonderkulturbetriebe umsetzen“, betonte Kirch. Es brauche Menschen, die diese Probleme entschlossen anpackten. „Mit Sonntagsreden ist den Obstbaubetrieben nicht geholfen.“